



Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Folgen des russischen Angriffskriegs trüben Konjunkturaussichten in Deutschland merklich ein

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die in der Folge immer weiter gedrosselten und mittlerweile vollständig ausbleibenden russischen Gaslieferungen haben die Energiepreise in Deutschland, aber auch die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit drastisch erhöht. Der Konsum der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Investitionen der Unternehmen werden hierdurch maßgeblich belastet, wodurch sich die konjunkturellen Aussichten nun deutlich eingetrübt haben. Zudem belasten fortwährende Störungen der Lieferketten die deutsche Wirtschaft. Daher hat die Bundesregierung in ihrer am 12. Oktober 2022 veröffentlichten Herbstprojektion ihre Erwartungen zur Wirtschaftsentwicklung nach unten angepasst. Da die deutsche Wirtschaft auch aufgrund von pandemiebedingten Nachholeffekten im Dienstleistungsbereich recht robust durch das 1. Halbjahr 2022 gekommen ist, wird noch für das laufende Jahr ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,4 Prozent erwartet. Durch die verstärkten Belastungen infolge der krisenhaften Zuspitzung auf den Gasmärkten dürfte es dagegen im Jahr 2023 insgesamt zu einer Verringerung des BIP um 0,4 Prozent kommen, bevor 2024 wieder mit einem Zuwachs von 2,3 Prozent zu rechnen ist.

Das Konjunkturmodell der Bundesregierung basiert u. a. auf zuletzt veröffentlichten vorausblickenden Konjunkturindikatoren, die auf eine schwache Entwicklung für die kommenden Monate hindeuten. Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher schauen derzeit eher pessimistisch in die Zukunft. Die außerordentlich hohe Verbraucherpreis-inflation reduziert aktuell die Kaufkraft der

privaten Haushalte, was nur zum Teil durch höhere Löhne und Ersparnisse kompensiert werden kann. Von den Entlastungspaketen der Bundesregierung und dem wirtschaftlichen Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskriegs geht dagegen eine stabilisierende Wirkung auf die Gesamtwirtschaft aus, die in der Projektion berücksichtigt wurde. Der Arbeitsmarkt dürfte sich auch aufgrund zunehmender Knappheit an Arbeitskräften weiter robust entwickeln und damit konjunkturell stützend wirken.

Ein deutliches Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung besteht vor allem in der Möglichkeit einer Gasmangellage, die starke negative wirtschaftliche Effekte hervorrufen würde. Darüber hinaus verbleiben Risiken mit Blick auf die pandemische Entwicklung, sowohl in Deutschland als auch indirekt über mögliche erneute beziehungsweise länger anhaltende Belastungen der internationalen Lieferketten. Dagegen könnte sich bei höheren Energieeffizienzgewinnen oder niedriger als unterstellten Weltmarktpreisen für Energie, z. B. durch einen sehr milden Winter, auch eine günstigere Entwicklung ergeben. Gleichwohl überwiegen insbesondere für nächstes Jahr die Abwärtsrisiken.

Die Eckwerte der Herbstprojektion bilden die Grundlage der kommenden Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 25. bis 27. Oktober 2022. Die Ergebnisse des Arbeitskreises werden anschließend in einer Pressekonferenz und auf der Internetseite des BMF veröffentlicht.

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im September 2022 merklich (-9,0 Prozent) unter dem Ergebnis vom September 2021. Das Minus war jedoch nicht durch eine gedämpftere konjunkturelle Entwicklung bedingt, sondern maßgeblich auf die starke Reduzierung des Lohnsteueraufkommens durch die Auszahlung



Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2021		Veränderung in Prozent gegenüber					
	Mrd. Euro bzw. Index	gegenüber Vorjahr in Prozent	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4.Q 21	1.Q 22	2.Q 22	4.Q 21	1.Q 22	2.Q 22
Bruttoinlandsprodukt¹								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,6	+2,6	-0,0	+0,8	+0,1	+1,2	+3,9	+1,8
Jeweilige Preise	3.602	+5,8	+1,5	+2,1	+1,6	+6,3	+8,6	+7,8
Einkommen¹								
Volkseinkommen	2.743	+6,7	+2,0	+0,1	-0,1	+6,1	+5,3	+3,1
Arbeitnehmerentgelte	1.918	+3,5	+1,2	+1,4	+0,3	+4,6	+6,6	+5,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	825	+15,0	+3,8	-3,0	-1,1	+10,5	+2,5	-3,0
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	2.031	+2,1	+1,0	+1,8	+2,8	+3,0	+3,8	+6,4
Bruttolöhne und -gehälter	1.567	+3,7	+1,2	+1,6	+0,3	+5,0	+7,4	+6,2
Sparen der privaten Haushalte	316	-6,1	+2,7	-4,7	-2,3	-25,0	-33,3	-34,6
Außenhandel/Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2021		Veränderung in Prozent gegenüber					
	Mrd. Euro bzw. Index	gegenüber Vorjahr in Prozent	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ²		
			Jul 22	Aug 22	Zweimonats-durchschnitt	Jul 22	Aug 22	Zweimonats-durchschnitt
In jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. Euro)								
Waren-Exporte	1.376	+14,0	-1,6	+1,6	+0,4	+10,8	+21,2	+15,7
Waren-Importe	1.203	+17,2	+0,1	+3,4	+2,1	+26,2	+35,7	+30,8
In konstanten Preisen								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2015 = 100)	99,1	+3,7	+0,0	-0,8	+0,1	-0,8	+2,1	+0,6
Industrie ³	97,2	+4,8	-0,6	-0,1	+0,0	-1,3	+3,0	+0,7
Bauhauptgewerbe	115,3	-1,3	+1,9	-2,1	+0,5	+0,1	+0,4	+0,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2015 = 100)								
Industrie ³	98,5	+5,2	-2,0	+1,0	+0,2	+0,9	+6,9	+3,7
Inland	95,1	+3,2	-1,9	-0,5	-0,6	-1,1	+2,9	+0,8
Ausland	101,8	+7,2	-2,0	+2,3	+0,9	+2,9	+11,0	+6,7
Auftragseingang (Index 2015 = 100)								
Industrie ³	111,9	+17,9	+1,9	-2,4	+0,5	-11,0	-4,1	-7,9
Inland	106,4	+15,8	-3,7	-3,4	-4,8	-14,7	-7,9	-11,6
Ausland	116,0	+19,3	+6,0	-1,7	+4,4	-8,3	-1,4	-5,2
Bauhauptgewerbe	.	.	+8,1	.	-1,4	-5,2	.	-7,9
Umsätze im Handel (Index 2015 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	117,0	+0,8	+1,0	-1,8	-0,6	-4,1	-1,7	-2,9
Handel mit Kfz	113,7	+2,3	-0,2	.	+3,3	-7,4	.	-7,1



noch: Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2021		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in Prozent	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jul 22	Aug 22	Sep 22	Jul 22	Aug 22	Sep 22
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,61	-3,0	+45	+26	+14	-120	-31	+21
Erwerbstätige, Inland	44,98	+0,1	+19	-4	.	+571	+501	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33,58	+0,1	+16	.	.	+598	.	.

Preisindizes 2015 = 100	2021		Veränderung in Prozent gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in Prozent	Vorperiode			Vorjahr		
			Jul 22	Aug 22	Sep 22	Jul 22	Aug 22	Sep 22
Importpreise	110,4	+13,4	+1,4	+4,3	.	+28,9	+32,7	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	114,7	+10,5	+5,3	+7,9	.	+37,2	+45,8	.
Verbraucherpreise	109,1	+3,1	+0,9	+0,3	+1,9	+7,5	+7,9	+10,0

ifo Geschäftsklima Deutschland	saisonbereinigte Salden							
	Feb 22	Mrz 22	Apr 22	Mai 22	Jun 22	Jul 22	Aug 22	Sep 22
Klima	+15,9	-1,7	+1,1	+3,8	+1,7	-6,2	-6,3	-15,7
Geschäftslage	+25,5	+21,8	+22,2	+27,4	+26,6	+22,9	+22,3	+15,4
Geschäftserwartungen	+6,7	-22,7	-18,0	-17,3	-20,5	-31,6	-31,3	-42,3

1 Stand: Oktober 2022; Bruttoinlandsprodukt 2. Quartal 2022: detaillierte Meldung des Statistischen Bundesamts (25. August 2022).
2 Produktion arbeitsmäßig, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.
3 Ohne Energie.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen

der Energiepreispauschale an erwerbstätige Steuerpflichtige bedingt. Darüber hinaus war im September auch die temporäre Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe kassenwirksam. Zudem dämpfte die Anhebung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmer-Pauschetrags durch das Steuerentlastungsgesetz 2022 das Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahr (siehe Beitrag zur Entwicklung der Steuereinnahmen in dieser Ausgabe).

Anstieg bei Warenexporten und Warenimporten im August

Im August verzeichneten sowohl nominale Warenexporte als auch nominale Warenimporte nach der schwachen Entwicklung vom Juli wieder Anstiege. Die Warenexporte stiegen kalender- und saisonbereinigt um 1,6 Prozent gegenüber dem Vormonat und lagen damit weiter deutlich über dem Vorjahresniveau (+18,1 Prozent). Etwas kräftiger

expandierten die Warenimporte mit 3,4 Prozent gegenüber dem Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Zuwachs 33,3 Prozent. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Außenhandelspreise lagen die realen Exporte 0,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau, die realen Importe 0,5 Prozent höher als im Vorjahr. Der Saldo der Warenhandelsbilanz betrug im August 2022 1,2 Mrd. Euro. Im Zuge der – insbesondere auch preisbedingt – hohen Steigerungsraten der Warenimporte gegenüber dem Vorjahresmonat lagen auch die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer im September 2022 erneut deutlich über dem Vorjahresniveau (+21,2 Prozent).

Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren verschlechterte sich gemäß ifo Exporterwartungen im September erneut, auch wenn die Indikatoren hinsichtlich Lieferengpässen aktuell ein gemischtes Bild zeichnen. Laut Kiel Trade Indicator stagnierte weltweit der Stau von Containerschiffen im



September 2022 auf hohem Niveau; insbesondere in der Nordsee warten weiterhin außergewöhnlich viele Schiffe auf Entladung. Laut ifo Institut verschärfen sich auch die Lieferprobleme befragter Firmen im September nach leichter Entspannung im August wieder etwas (65,8 Prozent berichteten von Lieferproblemen, nach 62,0 Prozent im Vormonat). Dagegen weisen bei den Containerfrachtraten, die infolge der Pandemie stark gestiegen sind, Indizes am aktuellen Rand auf Entspannung hin. Zudem blicken die Automobilhersteller aktuell etwas optimistischer auf die nächsten Monate, da sie aktuell für das 4. Quartal mit steigenden Exporten rechnen.

Insgesamt bleiben die Aussichten für die weitere kurzfristige Entwicklung des deutschen Außenhandels aber eingetrübt. Die Bundesregierung erwartet aufgrund des sich abflachenden Weltwirtschaftswachstums und der anhaltenden Lieferkettenprobleme eine zunächst verhaltene Exportentwicklung, die erst Mitte 2023 wieder Fahrt aufnehmen dürfte. Für das laufende Jahr wird daher erwartet, dass die realen Exporte mit 1,4 Prozent nur relativ schwach expandieren, wohingegen die realen Importe u. a. aufgrund des merklich ausgeweiteten Auslandstourismus voraussichtlich deutlich stärker um 5,4 Prozent ansteigen. Im kommenden Jahr dürften sich beide Größen dann mit einem Plus von 1,9 Prozent bei den Importen und 2,0 Prozent bei den Exporten insgesamt moderat entwickeln.

Leichter Rücksetzer für die Produktion im August

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe sank im August nach Stagnation im Juli preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag die Produktion um 2,1 Prozent höher. Auch die Industrieproduktion ging im Vormonatsvergleich leicht um 0,1 Prozent zurück, da die Produktion von Vorleistungsgütern sank, wohingegen die Produktion von Konsum- und Investitionsgütern expandierte. Die stark gestiegenen Energiepreise

dürften weiter belastend gewirkt haben. Daneben beeinträchtigte die infolge des Niedrigwassers eingeschränkte Binnenschifffahrt vor allem die bereits von hohen Energiekosten stark belastete chemische Industrie sowie die Kokerei und Mineralölverarbeitung. Der reale Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe stieg dagegen im August um 1,0 Prozent gegenüber Juli und lag mit einem Plus von 6,9 Prozent deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sanken im August um 2,4 Prozent gegenüber dem Vormonat. Dieser Rückgang fügt sich in die tendenziell rückläufige Entwicklung seit Jahresbeginn ein, auch wenn er durch einen nun für Juli revidierten Anstieg wegen Nachmeldung eines Großauftrags aus der Luft- und Raumfahrt überzeichnet ist. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen die Auftragseingänge um 4,1 Prozent niedriger.

Der konjunkturelle Ausblick in der Industrie blieb spürbar eingetrübt. Im September verschlechterte sich das ifo Geschäftsklima in fast allen Branchen. Dabei lagen die pessimistischen Geschäftserwartungen deutlich unter den im Vergleich dazu moderaten Lageeinschätzungen; der Abstand dieser beiden Einschätzungen erreichte damit ein historisches Ausmaß. Als Reaktion auf die oben beschriebenen Lieferkettenprobleme setzen viele Unternehmen gemäß Befragungen des ifo Instituts nun vor allem auf eine höhere Lagerhaltung sowie verstärkte Diversifizierung bei ihren Lieferanten.

Die reale Bauproduktion sank im August um 2,1 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Baupreise im Wohnungsbau lagen zeitgleich mit einem Plus von 16,5 Prozent deutlich über dem Vorjahresniveau. Zwar sank laut ifo Institut der Anteil an von Lieferengpässen bei Baustoffen betroffenen Unternehmen von 45,6 Prozent auf 36,4 Prozent, die Quote an Auftragsstornierungen im Wohnungsbau stieg aber weiter an (von 11,6 Prozent auf 16,7 Prozent im September). Zudem sank das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe merklich, dabei verschlechterten sich sowohl die aktuelle Lage als auch die Geschäftserwartungen.



Angesichts all dieser Faktoren und eines steigenden Zinsniveaus rechnet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion für das laufende und das kommende Jahr mit spürbar rückläufigen Bauinvestitionen. Dagegen dürften die Ausrüstungsinvestitionen u. a. vor dem Hintergrund immer noch gut gefüllter Auftragsbücher insbesondere 2023 wieder deutlich zulegen.

Rückgang der realen Einzelhandelsumsätze im August

Nach dem leichten Anstieg im Juli 2022 entwickelten sich die realen Einzelhandelsumsätze im August wieder rückläufig. Sie sanken in kalender- und saisonbereinigter Rechnung um 1,9 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen die Einzelhandelsumsätze real um 4,3 Prozent niedriger, nominal aber um 5,4 Prozent höher. Die gegenläufige Entwicklung von nominalen und realen Umsätzen spiegelte dabei die kräftigen Preissteigerungen wider.

Nach Einzelbereichen fielen die realen Umsätze im Bereich „Lebensmittel“ auf das niedrigste Niveau seit Januar 2017 und lagen um 3,1 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln war ein Umsatzminus gegenüber dem Vorjahr von 5,6 Prozent zu verzeichnen. Hierbei fiel vor allem der Rückgang im Bereich Einrichtungsgegenstände/Haushaltsgeräte/Baubedarf mit 12,4 Prozent sehr kräftig aus. Beim Internet- und Versandhandel war ein Rückgang von 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Der reale Umsatz im Gastgewerbe sank im Juli um 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat war der reale Umsatz um 10,2 Prozent höher; nominal lag der Umsatz um 19,0 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

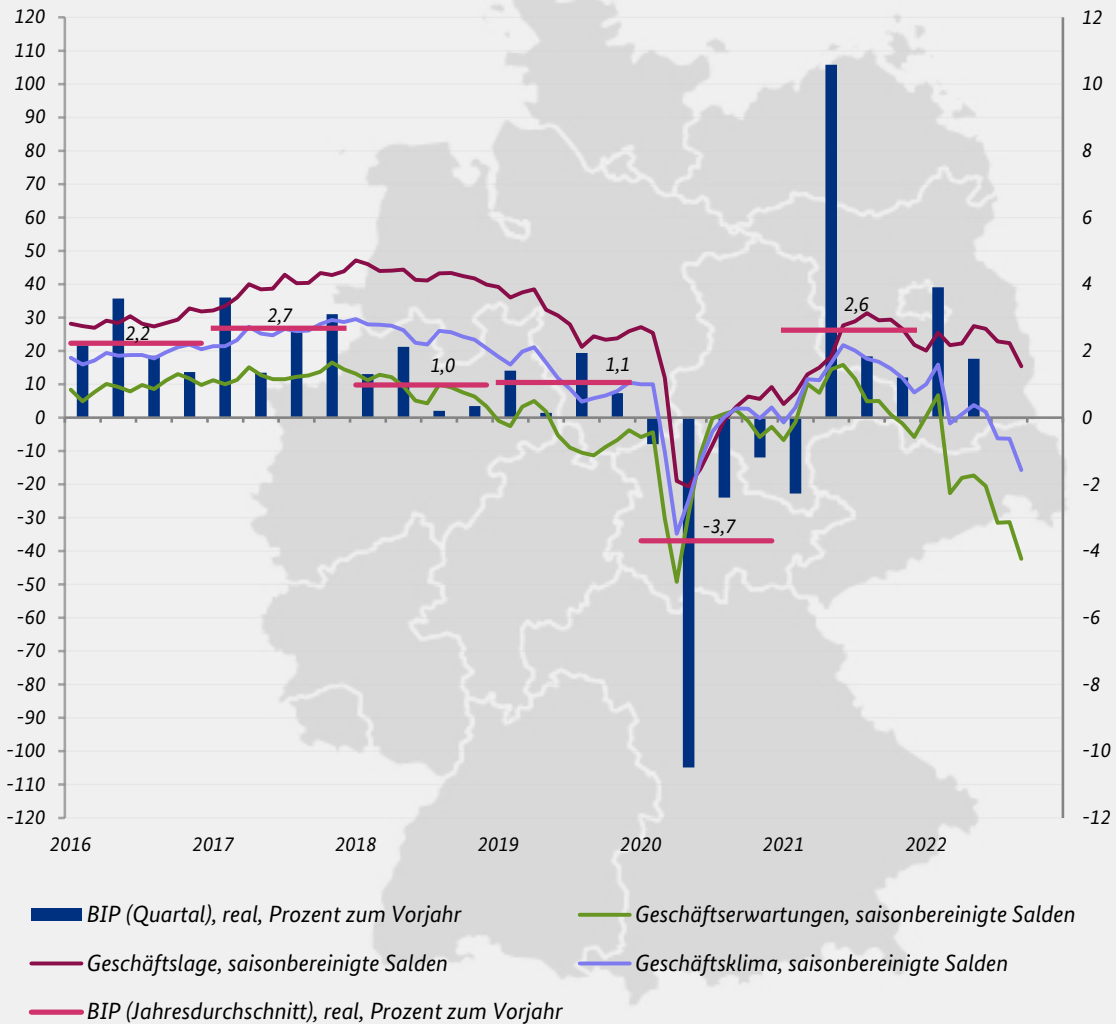
Die Stimmungsindikatoren für den privaten Konsum haben sich am aktuellen Rand auf niedrigem Niveau weiter eingetrübt. Laut ifo Institut haben sich die aktuelle Lage und die Geschäftserwartungen im Dienstleistungssektor und dabei insbesondere im Gastgewerbe, aber vor allem auch im Einzelhandel, im September deutlich verschlechtert. Das Konsumklima der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) setzte seinen Abwärtstrend im September weiter fort. Dabei sanken insbesondere die Einkommenserwartungen der befragten Verbraucherinnen und Verbraucher. Für Oktober prognostiziert die GfK einen Rückgang des Konsumklimas auf -42,5 Punkte, was eine nochmalige Verschlechterung gegenüber dem im September erreichten Allzeittief bedeuten würde.

Im laufenden Jahr dürfte der private Konsum insgesamt mit einer Rate von 4,3 Prozent wachsen, was vor allem auf eine durch pandemiebedingte Nachholeffekte kräftige Entwicklung im 1. Halbjahr 2022 zurückzuführen ist. Der Ausblick ist aufgrund von Preissteigerungen und hoher Unsicherheit jedoch merklich eingetrübt, sodass der private Konsum preisbereinigt zunächst zurückgehen dürfte. Der Rückgang dürfte allerdings durch die jüngst angekündigten zusätzlichen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung im Rahmen des Abwehrschirms abgefedert werden. Im Ergebnis projiziert die Bundesregierung für 2023 ein Minus bei den realen privaten Konsumausgaben von 0,9 Prozent. Die für das Aufkommen der Umsatzsteuer relevanten nominalen Konsumausgaben werden dagegen mit 5,3 Prozent expandieren, wobei der Anstieg aufgrund der Verhaltensanpassungen, die sich im Rückgang der privaten Konsumausgaben in realer Rechnung widerspiegeln, unter der Inflationsrate bleiben dürfte. Im September 2022 lagen die Einnahmen der Steuern vom Umsatz um 7,4 Prozent über dem Vorjahresmonat.

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima Deutschland

Salden

in Prozent



Im April 2018 löste das ifo Geschäftsklima Deutschland den bisherigen Index für die Gewerbliche Wirtschaft ab.
Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut, eigene Berechnungen

Arbeitsmarkt trotz weiterhin den gesamtwirtschaftlichen Belastungen

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin resilient gegenüber dem deutlich eingetrübten gesamtwirtschaftlichen Umfeld. Die Kurzarbeit war auch im Juli nach wie vor deutlich rückläufig: Nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA)

erhielten 99.000 Beschäftigte konjunkturelles Kurzarbeitergeld und somit 155.000 Personen weniger als im Juni. Auch die Zahl der bei der BA eingegangenen Anzeigen für Kurzarbeit lag im September weiter auf niedrigem Niveau. Die Erwerbstätigkeit stagnierte im Juli zwar im Vormonatsvergleich bei 45,4 Millionen Personen, saisonbereinigt ergab sich ein leichter Rückgang von 6.000 Personen gegenüber Juni. Sie blieb aber weiterhin deutlich



über dem Niveau des Vorjahres (+1,1 Prozent). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag nach Hochrechnung der BA im Juni bei 34,3 Millionen Personen (+1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat).

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen lag im September nach Ursprungswerten bei 2,49 Millionen (-21.000 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat). Saisonbereinigt nahm die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat um 14.000 Personen zu. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verblieb bei 5,5 Prozent (nach Ursprungswerten 5,4 Prozent). Der seit Juni zu beobachtende, inzwischen aber abgeflachte, Anstieg der Arbeitslosigkeit ist im Wesentlichen in der Erfassung ukrainischer Geflüchteter begründet.

Laut Frühindikatoren haben sich die Beschäftigungsaussichten für die nächsten Monate etwas eingetrübt. Gegenläufige Effekte ergeben sich aus einer vor dem Hintergrund der Arbeitskräfteknappheit grundsätzlich hohen Einstellungsbereitschaft der Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen einerseits und den akuten wirtschaftlichen Belastungen infolge des russischen Angriffskriegs andererseits.

Die Bundesregierung erwartet insgesamt eine weiterhin stabile Entwicklung am Arbeitsmarkt. Kurzfristige Rückgänge in der wirtschaftlichen Aktivität können primär über Kurzarbeit abgefedert werden, sodass im kommenden Winter mit einem Wiederanstieg – jedoch sehr deutlich unter den während der Corona-Pandemie erreichten Spitzenwerten – gerechnet wird. Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2023 um 140.000 Personen und die Arbeitslosigkeit um 90.000 Personen höher liegen als im Vorjahr; Letzteres resultiert vor allem noch aus der Registrierung der ukrainischen Geflüchteten im laufenden Jahr.

Inflationsrate mit weiterem Sprung nach oben im September

Die Inflationsrate (Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat) machte im September 2022 noch einmal einen deutlichen Sprung nach oben und lag nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 10,0 Prozent nun im zweistelligen Bereich. Im Vormonat hatte die Rate noch 7,9 Prozent betragen. Ein spürbares Plus gegenüber dem Vormonat war durch das Auslaufen von Tankrabatt und 9-Euro-Ticket (Effekt rund 1 Prozentpunkt nach Schätzung der Deutschen Bundesbank) zu erwarten gewesen. Dass der Anstieg höher ausfiel, als allein durch das Auslaufen beider Maßnahmen zu erwarten gewesen wäre, spiegelt u. a. den anhaltend hohen Aufwärtsdruck aus stark gestiegenen Inputpreisen, insbesondere für Energie, wider, der auf alle Wirtschaftsbereiche ausstrahlt. Gegenüber August kam es zu einem nichtsaisonbereinigten Anstieg des Index um 1,9 Prozent.

Im Einzelnen betrug der Anstieg des Teilindex für Waren 17,2 Prozent (nach +14,7 Prozent im August), darunter 43,9 Prozent für Energie (nach +35,6 Prozent) und 18,7 Prozent für Nahrungsmittel (nach +16,6 Prozent). Die sogenannte Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel lag mit 4,6 Prozent deutlich niedriger (nach +4,7 Prozent). Die Veränderungsrate bei Dienstleistungen betrug 3,6 Prozent (nach +2,2 Prozent), darunter fällt unverändert eine Rate von 1,8 Prozent bei Wohnungsmieten.

Die Bundesregierung erwartet, dass der Verbraucherpreisindex im laufenden Jahr insgesamt sehr kräftig um 8,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigt, insbesondere durch die massiv gestiegenen Energiepreise, zuletzt aber auch u. a. durch die hohe und weiter gestiegene Inflationsrate bei Nahrungsmitteln. Vor dem Hintergrund fortgesetzt gestiegener Erzeugerpreise plant gemäß Befragungen des ifo Instituts die Mehrheit der Unternehmen Preiserhöhungen in den nächsten Monaten, insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel, aber auch in



der Gastronomie. Auch im nächsten Jahr dürfte die Inflationsrate mit 7,0 Prozent nur wenig unter der diesjährigen Rate liegen. Zwar dürften die vorgesehene Strom- und Gaspreisbremse sowie die Senkung der Umsatzsteuersätze auf Gas und Fernwärme dämpfend auf die Teuerung wirken. Bedingt dadurch, dass die stark gestiegenen Preise für importierte Energie nur nach und nach an die Haushalte weitergegeben werden (vor allem über Vertragsanpassungen), sind aber weitere Anstiege

bei den Komponenten des Verbrauchspreisindex für Strom und Gas zu erwarten. Dazu kommt, dass von einer sich fortsetzenden Überwälzung ebenfalls drastisch gestiegener Produzentenpreise für andere Waren und Dienstleistungen an die Verbraucherinnen und Verbraucher auszugehen ist. Insgesamt bleibt die Verbraucherpreisinflation im Jahresdurchschnitt so voraussichtlich stark erhöht. Für das Jahr 2024 wird mit 2,4 Prozent wieder eine deutlich niedrigere Inflationsrate erwartet.